

## Die teuerste Justiz Europas

Richter und Staatsanwälte in der Schweiz verdienen so viel wie in keinem anderen Land Europas. Das ist das Ergebnis einer Studie der EU. Lukas Häuptli

Die Schweiz hat im Jahr 2012 für ihre Justiz Gesamtausgaben von umgerechnet 1,6 Milliarden Euro veranschlagt. Das waren fast 200 Euro pro Einwohner – und ein Rekordwert in Europa. Kein anderer Staat budgetierte so viel Geld für seine Gerichte, seine Bundes- und Staatsanwaltschaften sowie seine unentgeltliche Rechtspflege (vgl. Grafik). Das hat eine Untersuchung ergeben, welche die europäische Kommission für Wirksamkeit der Justiz kürzlich veröffentlicht hat. Die Kommission legte ihren Umrechnungen einen Euro-Kurs von 1 Franken 21 zugrunde. Den grössten Teil der

Ausgaben machten die Budgets für die Gerichte aus: Sie beliefen sich 2012 auf umgerechnet 122 Euro pro Einwohner. Dazu kamen Aufwendungen für die Bundesanwaltschaft und die kantonalen Staatsanwaltschaften (62 Euro pro Einwohner) sowie die unentgeltliche Rechtspflege (14 Euro pro Einwohner).

Hauptgrund für die hohen Ausgaben von Gerichten und Strafverfolgungsbehörden waren die Löhne der Richter und Staatsanwälte. Gemäss der Studie verdient ein Schweizer Richter am Ende seiner Laufbahn im Durchschnitt umgerechnet 295 000 Euro, ein Staatsanwalt im Durchschnitt umgerechnet 158 000 Euro. Das sind Spitzenwerte in Europa, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch gemessen an der Kaufkraft in den Ländern. Zu den hohen Aufwendungen trug auch der Umstand bei, dass die Schweiz die höchste Dichte von Gerichten in Europa hat. Auf 100 000 Einwohner fallen hier 4,5 Gerichte. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 1,4.

Die Budgets der Schweiz für die Justiz sind in den letzten Jahren stark gewachsen. 2006 beliefen sie sich auf umgerechnet 1 Milliarde Franken, 2010 auf 1,3 Milliarden und 2012 auf 1,6 Milliarden. «Der Anstieg in den Justiz-Budgets kann mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung und der neuen Strafprozessordnung erklärt werden», heisst es in der Studie. «Das hat in vielen Kantonen zur Einstellung von zusätzlichem juristischem Personal geführt.» Unter anderem hatten verschiedene Kantone ein eigenes Berufungsgericht einrichten müssen. Sowohl die Zivil- als auch die Strafprozessordnung traten Anfang 2011 in Kraft.

Allerdings waren mit deren Einführung unter anderem die Untersuchungsrichter in der Schweiz abgeschafft worden. Das hätte eigentlich zu einer Senkung der Ausgaben führen müssen.

Drimal so viel wie der Durchschnitt

Ausgaben ausgewählter europäischer Staaten für die Justiz Pro Einwohner, in Euro (2012)

1. Schweiz	197,7
2. Monaco	164,6
3. Luxemburg	147,1
4. Niederlande	125,4
5. Nordirland	114,6
6. Deutschland	114,3
7. Schweden	106,5
Durchschnitt	60,6
40. Türkei	18,3
41. Mazedonien	17,1
42. Ukraine	14,7
43. Aserbaidschan	11,6
44. Albanien	9,1
45. Georgien	5,8
46. Moldawien	4,7

Quelle: European Commission for the Efficiency of Justice (CEPEJ)

## ETH streicht Kurs, über den Fiala stolperte

Die ETH hat einen Weiterbildungskurs am Center for Security Studies gestrichen, dessen prominenteste Teilnehmerin FDP-Nationalrätin Doris Fiala war. Ihr wurde 2013 der Titel nachträglich aberkannt, nachdem sie alle Prüfungen bestanden hatte, weil ihre Masterarbeit wissenschaftliche Standards verletzte. Die ETH bestätigt, dass der Master of Advanced Studies in Security Policy and Crisis Management aus dem Angebot genommen wurde. Das

Verteidigungsdepartement (VBS) habe aus Spargründen den Kooperationsvertrag dafür nicht erneuert. Das VBS stellte die meisten Teilnehmer, andere kamen aus dem Ausland oder der Privatwirtschaft. Trotzdem kann Fiala die Abschlussarbeit wiederholen. Sie befasst sich in ihrer neuen Masterarbeit mit der sozialen Verantwortung von Unternehmen. «Der zeitliche Kraftakt ist für mich eine sehr wertvolle Wissensweiterung», sagt sie. (rd.)

## Wortkontrolle

### ► Aussprache, die

Vielbeachtete Methode zur Streitschlichtung (► Sprechtherapie), nicht nur in der Kinderkrippe (► Erstes Sprechalter), sondern auch in der Politik (► Alte Sprecher). Diese Woche fanden gleich mehrere A. statt: Einerseits im Bundesrat unter Mitwirkung von Johann Schneider-Ammann (► Sprachkünstler), wo man einmal mehr über den starken Franken debattierte (► Sprechdurchfall). Andererseits

welche der französische Präsident Hollande zum Staatsbesuch in der Schweiz (► Sprachaufenthal). Bundespräsidentin Sommeraug nahm ihn in Empfang (► Vorsprechen), man tauschte allerhand Nettigkeiten aus (► Sprechtheater) und verschwig Differenzen (► Sprachstörungen). Besonders beeindruckend (► sprachlos) zeigte sich Hollande vom Schweizer Bildungssystem (► Sprachenstreit).



Sie war die letzte Monarchin Hawaiis und Komponistin eines Welthits: Statue von Lili'uokalani in Honolulu.

## Untergegangenes Königreich beschäftigt Schweizer Gericht

Zwei Anzeigen wegen mutmasslicher US-Kriegsverbrechen in Hawaii

Einwohner Hawaiis haben Klagen gegen die USA eingereicht. Sie berufen sich auf einen Vertrag der Schweiz mit dem Königreich Hawaii aus dem Jahr 1864.

Stefan Bühler

Die Justizbehörden des Bundes sehen sich mit einem sonderbaren Fall konfrontiert, der das Zeug dazu hat, die Beziehungen der Schweiz zu den USA zu belasten. Zu klären ist nicht weniger als die Frage, ob aus Sicht der Eidgenossenschaft Hawaii völkerrechtlich zu Recht als 50. Gliedstaat der USA anerkannt wird oder ob vielmehr das Königreich Hawaii weiterhin existiert – wiewohl seit 1898 unter Okkupation. Weiter ist zu beurteilen, ob die USA in Hawaii Kriegsverbrechen begangen haben, mitunter gegen daselbst niedergelassene Schweizer – und dies möglicherweise gar mit dem Zutun des Schweizer Joe Ackermann. Es ist für wahr ein delikates Dossier, das seit dem 9. April beim Bundesstrafgericht in Bellinzona liegt.

### Putsch gegen Lili'uokalani

Konkret geht es um die Anzeigen eines Schweizer und eines «hawaiischen Untertans», wie dieser sich selbst in den Akten bezeichnet. In Eingaben an die Bundesanwaltschaft vom Januar werfen die beiden den US-Behörden Kriegsverbrechen vor, unter anderem Plünderung, unfaire Gerichtsverhandlungen und rechtswidrige Gefangennahme. Diese sollen sich im Zuge finanzrechtlicher Konflikte auf Hawaii ereignet haben – Auseinandersetzungen, die freilich direkt mit der Frage des völkerrechtlichen Status Hawaiis zusammenhängen: Beide Kläger vertreten die Ansicht, dass das Königreich Hawaii nach wie vor existiere, US-Behörden auf der Inselgruppe folglich keinerlei Befugnisse hätten. Der Schweizer, der die Bundesanwaltschaft

kraft seiner Staatszugehörigkeit als für den Fall zuständig ansieht, klagt wegen unrechtmässiger Aneignung von Eigentum sowie Plünderung in Form von Steuererhebungen durch den US-Fiskus. Der hawaiische Untertan sieht sich derweil beim Kauf eines Grundstücks getäuscht: Der Handel erfolgte zunächst nach US-amerikanischem Recht und wurde auch demgemäss beglaubigt. Doch dann kam der Untertan zum Schluss, dass die USA auf dem Territorium des besetzten Königreichs Hawaii zu solchen Amtshandlungen gar nicht befugt seien – worauf er seine Zinszahlungen an die kreditgebende Bank kurzerhand einstellte.

Es handelte sich dabei um die Deutsche Bank, die das pfandbelastete Grundstück als bald beschlagnahmten liess, natürlich durch die US-Staatsgewalt. In die

Joe Ackermann



Als ehemaliger Chef der Untertanen Bank geriet der Schweizer Wirtschaftsführer ins Visier hawaiischer Untertanen.

sem Zusammenhang wurde der Untertan vorübergehend verhaftet. Damals stand Joe Ackermann an der Spitze der Deutschen Bank – Grund genug für den Hawaiiäner, gegen den Schweizer Banker Klage bei der Bundesanwaltschaft in Bern einzureichen. So viel zu den einzelnen Fällen.

Die Affäre liess sich als juristische Zwängerei stünde Sonderlinge abtun – zweide daher nicht eine grossere Bewegung, die sich seit Jahren erstarkt mit der Frage des Fortbestands des Königreichs Hawaii macht. Treibende Kraft ist Keanu Sai, «Politikwis-

schafter, dessen Forschungsarbeiten und Sachverstand sich auf die Kontinuität des hawaiischen Königreichs als unabhängigen und souveränen Staatskonzentrieren», wie er mitteilt.

Im Zentrum der Debatte stehen historische Vorgänge: 1893 wurde die letzte Königin von Hawaii, Lili'uokalani, in einem Putsch abgesetzt und 1895 unter Hausarrest gestellt. Unter Druck dankte sie 1895 ab. Die 1835 geborene Ex-Königin verbrachte die Jahre bis zu ihrem Tod 1917 in Honolulu. Sie betätigte sich als Komponistin. So schrieb sie das berühmte Lied Aloha Oe, das später unter anderem Elvis Presley und Freddy Quinn, den singenden Seemann, inspiriert hat. (sbü.)

### Die letzte Königin

Von 1795 bis 1893 bestand auf Hawaii ein Königreich. Nach sieben Königen erlangte im Jahr 1891 Lili'uokalani als erste und letzte Königin die Macht. Als sie 1893 den Einfluss der USA zurückdrängen wollte, wurde sie in einem Putsch abgesetzt und unter Hausarrest gestellt. Unter Druck dankte sie 1895 ab. Die 1835 geborene Ex-Königin verbrachte die Jahre bis zu ihrem Tod 1917 in Honolulu. Sie betätigte sich als Komponistin. So schrieb sie das berühmte Lied Aloha Oe, das später unter anderem Elvis Presley und Freddy Quinn, den singenden Seemann, inspiriert hat. (sbü.)

Vertrag sei nie gekündigt oder durch ein anderes Abkommen abgelöst worden. Er verpflichte beide Staaten zum gegenseitigen Schutz ihrer Bürger – so müsse die Bundesanwaltschaft die mutmasslichen Kriegsverbrechen der USA in Hawaii nun verfolgen.

### Honorarkonsul als Helfer

In Bern schätzt man die Lage freilich anders ein: Mit Verweis auf die faktische Anerkennung der USA in ihren heutigen Grenzen durch den Bund verfügte der zuständige Staatsanwalt eine Nichtanbahnahme der Klagen. Bern sei nicht zuständig. Er verwies unter anderem darauf, dass die Schweiz auf Hawaii ein Konsulat führt – wobei es nicht ohne Ironie ist, dass ausgerechnet ein langjähriger Schweizer Honorarkonsul heute als Tiroler Keanu Sai in der Schweiz fungiert.

Die Absage der Bundesanwaltschaft vermochte Unabhängigkeitskämpfer Sai indes nicht zu stoppen: Er reichte gegen die Verfügung Beschwerde ein. Somit liegt der Fall nun in Bellinzona.